



KÖNIGS WUSTERHAUSEN NIMMT VERANTWORTUNG FÜR KOMMUNALES WOHNUNGSUNTERNEHMEN WAHR

29.04.2004 Fachinformation

"Wohnungsbetrieb gerettet", lautet kürzlich eine Schlagzeile der Märkischen Allgemeinen Zeitung: Wie der Bürgermeister der Stadt Königs Wusterhausen, Stefan Ludwig, bekannt gegeben habe, konnte die drohende Insolvenz der Wohnungsbaugesellschaft Königs Wusterhausen mbH abgewendet werden. Mit den Gläubigerbanken sei ein Konzept ausgehandelt worden, das den Stadthaushalt für zehn Jahren jährlich mit einer Million Euro belaste. Hierzu gäbe es keine Alternative, so der Bürgermeister im Stadtrat. Die Insolvenz des Unternehmens hätte jährlich 2,3 Mio. Euro gekostet. Die Grundbausteine des Sanierungskonzeptes seien, dass die Stadt ein Drittel der Altschulden des Unternehmens übernehme und jährlich Geld für die Stadtentwicklung im Neubaugebiet bereit stelle. Die Banken hätten 3,5 Millionen Euro erlassen und auf einen Teil der Zinsen verzichtet. Die mit insgesamt 116 Millionen Euro verschuldete Gesellschaft verzeichne einen Leerstand von 8,5 Prozent, der, darin seien sich Gläubigerbanken und Gesellschafter einig, nicht weiter steigen dürfe. Auf der Grundlage des gemeinsamen Konzeptes würden die Banken bis 2008 mithelfen, den Rückstau bei der Instandhaltung abzutragen und eine Modernisierung zu unterstützen, die sich strikt am Markt refinanzieren müsse. Weiterhin solle zur dauerhaften Vermietung der Plattenbauten eine halbe Million Euro für die Stadtentwicklung im Neubaugebiet eingesetzt werden, die in Absprache mit der Landesregierung überwiegend aus Städtebaufördermitteln aufgebracht werden sollen. Die nunmehr gefundene Lösung macht nach Auffassung des BBU deutlich, dass Wohnungsunternehmen in schwieriger Lage nur erfolgreich saniert werden können, wenn Gesellschafter, Banken und Unternehmen gemeinsam an einem Strang ziehen und Beiträge zur Sanierung leisten.

<https://bbu.de/beitraege/koenigs-wusterhausen-nimmt-verantwortung-fuer-kommunales-wohnungsunternehmen-wahr>